

Public Affairs

Kontakt: Mag. Benedict Anthony Raho MSc MA

Mobil: +43 (0) 664 623 1801

benedict.anthony.raho@wienenergie.at

Datum: 06.02.2026

Stellungnahme zur Wechselverordnung 2026 (WVO 2026)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zum vorliegenden Entwurf der Wechselverordnung 2026 (WVO 2026)

Allgemeine Anmerkungen:

Die verwendeten Begrifflichkeiten sind nicht konsistent formuliert:

- In § 11 Abs 2 wird der Begriff „unverbindliche“ Wechselanfrage erwähnt, da hier wohl die „vorläufige“ Wechselanfrage gemeint ist, wäre dieser Begriff damit zu ersetzen.
- Bzgl. § 15 Abs 4: In § 3 Abs 3 wird festgelegt, dass die Fristen als Arbeitsdaysfristen zu verstehen sind, dennoch ist in § 15 Abs 4 erneut die Rede von „Arbeitstagen“, sofern die generelle Regelung in § 3 beibehalten wird, sind abgesehen von etwaigen Ausnahmen die Hinweise auf Arbeitstage obsolet.
- In Anhang 2.4.2 ist die Rede vom „eingeleiteten“ Wechsel, der Begriff sollte durch „registrierter“ Wechsel ersetzt werden.

Die WechselVO regelt in manchen Paragraphen Gegenstände, die nicht Regelungsstatbestand der WechselVO sein sollten. Sie wären etwa im EIWG bzw. GWG festzulegen, und obliegen somit nicht der Normierung durch die E-Control. Beispiele finden sich in § 15 Abs 5 sowie § 19 Abs 3 & 4. Derartige Regelungen sind aus der WechselVO zu streichen.

Unsere Stellungnahme im Detail:

Zu §5 (1): 4. Sollte aus unserer Sicht folgendermaßen lauten: *„bei keiner rechtsgültigen Bevollmächtigung.“*

Zu § 8 (4): Aus unserer Sicht ist das Einfordern von zusätzlichen Daten durch den Netzbetreiber nicht zielführend. Bei nicht eindeutiger Identifikation nach der automatischen Suche bekommt der Lieferant konkrete Rückmeldung, welche Ergebnisse die Prüfschritte ergeben haben. Auf Basis dieser Info kann der Lieferant fehlende Daten vom Kunden einholen & anschließend den Prozess neu starten. Aus diesem Grund plädieren wir dafür, diesen Absatz zu streichen.

(5) Sollte aus unserer Sicht folgendermaßen lauten: „~~Der aktuelle Lieferant~~ **Netzbetreiber** hat die Anfrage des neuen Lieferanten zur Übermittlung von Daten innerhalb von 24 Stunden nach Einlangen der Anfrage zu beantworten.“

Zu § 10: (1) 2. Satz sollte aus unserer Sicht folgendermaßen lauten: „Ist dem **Endkunden Lieferanten** die Zählpunktbezeichnung im Rahmen der Bevollmächtigung nicht bekannt, so ist die Zählpunkt- und Endkundenidentifikation für den neuen Lieferanten gemäß § 10 vor der Einreichung der vorläufigen Wechselanfrage verpflichtend durchzuführen.“

Zudem ist unklar, ob der Verweis auf § 10 eigentlich auf § 8 lauten sollte.

Zu § 13: Der Titel ist aus unserer Sicht missverständlich formuliert. Aus unserer Sicht kann sowohl die vorläufige Wechselanfrage als auch der technische Wechsel storniert (bzw. rückabgewickelt) werden. Aus unserer Sicht wäre "Stornierung des Wechsels" klarer und würde alles abdecken.

Zu § 14: (1) Der 2. Satz sollte aus unserer Sicht folgendermaßen lauten: "Ist dem **Endkunden Lieferanten** die Zählpunktbezeichnung nicht bekannt, ..."

(3) & (4) Sollte aus unserer Sicht gestrichen werden, da der Lieferant durch die mittlerweile sehr detaillierte automatische Suchlogik konkrete Rückmeldung bekommt, welche Ergebnisse die Prüfschritte ergeben haben. Der Lieferant kann auf Basis dieser Infos fehlende Daten vom Kunden einholen und anschließend den Prozess neu starten. (4) Ist aus unserer Sicht bei Streichung von (3) obsolet, da nach Streichung von (3) die Frist von 24 Stunden aus (2) greift.

Zu § 16: Inhaltlich (in der textuellen Beschreibung) scheint sich nach unserm Verständnis im Vergleich zum Anhang der WVO 2014 abseits der Ablehnung des Belieferungswunsches durch den Lieferanten nichts Wesentliches geändert zu haben. Wir gehen daher davon aus, dass die Prozesse, wie aktuell in der technischen Spezifikation abgebildet, weitergeführt werden können. Unter diesem Aspekt ist der Titel aus unserer Sicht missverständlich formuliert, da suggeriert wird, dass die Neuanmeldung durch den Netzbetreiber angestoßen wird. Wir würden daher anregen, den Titel z.B. in "Belieferungswunsch durch den Netzbetreiber" o.ä. umzubenennen.

Zu § 20: Für die Umsetzung der prozessualen Neuerungen, die auf Basis der WVO 2026 erforderlich sind, müssen Anpassungen in der Technischen Spezifikation des Energylink sowie im Anschluss die technische Implementierung vorgenommen werden. Eine Produktivsetzung der Änderungen seitens Österreichs E-Wirtschaft ist daher realistisch erst per April 2027 möglich.

Allgemeine Anmerkungen zum Anhang

Es finden sich im Begutachtungsentwurf zum Anhang zur WVO 2026 an einigen Stellen taxative Aufzählungen sowohl für Felder in den Nachrichten als auch für Response Codes. Wir gehen davon aus, dass auch weiterhin wie bisher, im Rahmen der Technischen Spezifikationen Attribute (Felder, Response Codes) definiert werden dürfen, die über jene die im Anhang zur WVO 2026 gelistet sind, hinaus gehen können.

Unsere Stellungnahme zum Anhang im Detail:

Zu 1.3 Stornierung: Der zweite Satz sollte aus unserer Sicht lauten: Dem ~~Netzbetreiber~~ **Lieferanten** ist hierfür eine standardisierte Meldung zu übermitteln.

Zu 2.4 Vorläufige Wechsellanfrage (§ 10): In 2.4.1 *Einleitung* sollte es aus unserer Sicht lauten: „~~Gewünschtes~~ *Änderung des Mess- und Übertragungsintervalls*“, da die Anforderung nicht immer eine Änderung bedeutet.

Gem. § 58 Abs. 3 ElWG erfolgt die Bereitstellung der erhobenen Daten „auf Verlangen“. Eine zusätzliche Vollmacht des Endkunden ist lediglich bei einer Änderung des Mess-/Übertragungsintervalls erforderlich. Eine gegenteilige Regelung in der WVO würde dem ElWG und demnach auch dem Legalitätsprinzip (Art 18 B-VG; Bundesverfassungsgesetz) widersprechen, wonach Verordnungen strikt auf Grundlage der Gesetze erlassen werden müssen.

Zu 2.5 Technischer Wechsel (§12): In 2.5.2 Abschluss des technischen Wechsels und Übermittlung der Wechselinformation sollte es aus unserer Sicht lauten: „~~Änderung des Mess- und Übertragungsintervalls~~“, da es sich um eine Rückmeldung durch den Netzbetreiber handelt.

Die Übermittlung der „Bilanzgruppe“ ist aus unserer Sicht nicht erforderlich.

Zu 2.6 Stornierung des technischen Wechsels (§ 13): Siehe Anmerkungen zu §13: Titel aus unserer Sicht missverständlich formuliert.

Zu 3.1 Identifikation der Endkundenanlage (§ 14): Siehe Anmerkungen zu § 14. Eine manuelle Prüfung bringt aus unserer Sicht keinen Mehrwert.

Zu 3.2 Einleitung durch den Lieferanten (§ 15): Aus unserer Sicht sollte es folgendermaßen lauten: „~~Gewünschtes~~ *Änderung des Mess- und*“, da die Anforderung nicht immer eine Änderung bedeutet.

Im Strombereich sollte Voll-/Überschusseinspeiser, Kennzeichen neue Marktrolen und Kennzeichen Betriebsmittel gestrichen werden, da die Daten beim Netzbetreiber aufliegen und dieser die Hoheit über diese Daten hat. Diese Daten werden vom Netzbetreiber an den Lieferanten rückgemeldet.

Folgender Satz sollte lauten: „Bei Anlagen in Betrieb hat der Netzbetreiber ~~Lieferant~~ den Lieferanten ~~Netzbetreiber~~ im Wege der Wechselplattform zu informieren, wenn der zwischen dem Endkunden und dem Lieferanten vereinbarte Liefertermin vor der Einleitung der Neuanmeldung liegt.“

Zu 3.2.1 Keine Durchführung der Neuanmeldung: Die Regelung zum Prozedere bei standardisierter Meldung „Aufrechter Energieliefervertrag an der Anlagenadresse vorhanden“ sieht eine Widerspruchsfrist des Endkunden von 96 Stunden vor. („... sofern er (Anm.: der Endkunde) dieser nicht innerhalb von 96 Stunden widerspricht.“ Diese Frist ist jedoch prozedural nicht einheitlich bestimmbar, da der Beginn der Frist vom tatsächlichen Zugang der Kundeninformation abhängt und die Zustelldauer je nach Zustellart (postalisch oder elektronisch) sehr unterschiedlich ausfallen kann.

Falls die vorgesehene Fristenregelung dennoch beibehalten werden sollte, wäre aus unserer Sicht zumindest eine Beschränkung auf Kund:innen mit vereinbarter elektronischer Kommunikation zweckmäßig. Auf Basis des §18 ElWG ist ohnehin eine sukzessive Umstellung eines überwiegenden Teils der Kund:innen auf elektronische Kommunikation zu erwarten, wodurch für den Großteil der Kundenbeziehungen ein Fristenlauf darstellbar wäre.

Darüber hinaus ist mit der Einführung der zählpunktscharfen Anmeldung inklusive eines verpflichtenden vorgelagerten Datenabgleichs bereits eine wesentliche Verbesserung der Datenqualität und somit ein Rückgang der Notwendigkeit der Rückabwicklung von Anmeldungen zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund erachten wir eine Informationspflicht des aktuellen Lieferanten im Abmeldefall als ausreichend.

Der erwartete Rückgang an Falschanmeldungen reduziert den Bedarf für weitergehende Fristenregelungen, und die verbleibenden Einzelfälle können durch bestehende Rückabwicklungsprozesse effizient gelöst werden.

Zu 3.2.2 Durchführung der Neuanmeldung: Aus unserer Sicht sollte es folgendermaßen lauten: „~~Änderung des Mess- und Übertragungsintervalls~~“, da es sich um eine Rückmeldung durch den Netzbetreiber handelt.

Zu 4.2 Beendigung des Energieliefervertrages und des Netzzugangsvertrages aufgrund eines Auszugs des Endkunden (§ 18): Die Übermittlung von Zählerstand und Ablesedatum bei Gaskunden kann aus unserer Sicht keine verpflichtende Angabe sein, da in vielen Fällen der Zähler für den Kunden nicht zugänglich ist und es daher für den Lieferanten in diesen Fällen nicht möglich ist, den Zählerstand vom Kunden einzuholen. Die Angabe muss daher aus unserer Sicht optional bleiben.

Zu 4.3 Beendigung des Energieliefervertrages oder des Netzzugangsvertrages aus anderen Gründen (§ 19): Siehe 4.2: verpflichtende Angabe von Zählerstand ist in der Praxis nicht durchführbar.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen umgehend zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Benedict Anthony Raho
Public Affairs